Notstand der Republik

Zur jüngsten Entwicklung des Notstands der Berliner Annexionsrepublik (Januar 2010)

Verzahnung von Wirtschaft und Militär

Grundsätzlich nimmt die Militarisierung der Wirtschaft, das Anwachsen der Rüstungsproduktion und die Verzahnung von Wirtschaft und Militär in der Niedergangsepoche des Kapitalismus, im Imperialismus, ungeheure Ausmaße an. Je schneller die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung eine Handvoll Imperialisten zum Weltkrieg treibt am Vorabend der Revolution, desto schneller verzahnt sich das Monopolkapital mit dem Militär, stellen die Finanzmagnaten Offiziere und Unteroffiziere in ihren Fabriken ein vom Vorstand bis zum Meister und Facharbeiter. Vor dem I. imperialistischen Weltkrieg waren es Teile der Monopole, die in Ausschüssen mit dem Militär an einem Tische saßen, vor dem II. imperialistischen Weltkrieg hatte die Monopolbourgeoisie sich schon in der Weimarer Republik mit der Generalität und den Offizieren verzahnt. Die Kriege im Imperialismus, die Weltkriege, erfordern diese Verzahnung. Ohne die Mobilisierung der gesamten Wirtschaft ist ein Weltkrieg nicht zu führen bzw. kann es keine Weltkriege geben. Die Umstellung der gesamten Wirtschaft auf Kriegswirtschaft ist Voraussetzung und damit auch eine Zusammenarbeit von Kapital und Militärs. Die Verzahnung von Wirtschaft und Militär wird beschleunigt durch die Weltwirtschaftkrisen und die Verbarrikadierung des Monopolkapitals hinter Panzerketten und Soldatenstiefeln zum Schutz ihrer Herrschaft gegen die Arbeiterklasse und das Volk. Der Krieg gegen die Arbeiter im eigenen Land und der Krieg gegen andere Staaten und Völker erfordert die Verzahnung von Wirtschaft und Militär, die Weltwirtschaftskrisen beschleunigen die umfassendere Unterordnung des Staates, des Militärs unter die Herrschaft der Monopole, des Finanzkapitals. So viel zum Grundsätzlichen.

Trotz Verbot bauen die Kriegsverbrecherkonzerne von Krupp bis Siemens, von den Giftgasherstellern der Großchemie bis zu den Autokonzernen und den Großbanken nach dem verlorenen Krieg eine Armee für den kommenden Krieg auf. Die militärischen Völkermörder des II. Weltkriegs waren die Generale für den III. Als die Adenauer-Reaktion 1956 Westdeutschland mit der Aufstellung der Bundeswehr remilitarisierte, da organisierten Kapital und Militär ihre kriminelle Zusammenarbeit in der 1957 gegründeten „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.“ Heute stellen 200 Rüstungsfirmen das wirtschaftliche Fundament dieser Organisation, dessen Präsidium 19 Monopolisten, 8 Generale und der Abteilungsleiter Rüstung des Berliner Kriegsministeriums angehören.
Einen weiteren Schub erhielt die Verzahnung von Wirtschaft und Militär durch die Annexion der DDR und damit einhergehend die international durchgesetzte Begrenzung der Bundeswehr auf 370.000 Soldaten im 2+4-Vertrag und die ersten Kriege der Berliner Republik. Seit dem Jahr 2000 schlossen über 1.000 Firmen direkte Kooperationsverträge mit der Bundeswehr ab, der bekannteste Kooperationsvertrag ist der Vertrag mit der Deutschen Post, die nicht nur die Feldpostbriefe in die deutschen Kriegsgebiete liefert, sondern einen großen Teil der Logistik des deutschen Militärs übernommen hat.
Sieben Jahre später ziehen die ersten dunklen Wolken der Weltwirtschaftskrise auf. Teile des Finanzkapitals kooperieren mit einzelnen Divisionen der Bundeswehr. So organisierte die Commerzbank mit der 1. Panzerdivision der Bundeswehr aus Hannover den 1. Celler Trialog am 11. Mai 2007 – Zufall oder nicht, aber auf den Tag genau 55 Jahre nach der Ermordung des kommunistischen Jungarbeiters Philipp Müller, der von deutscher Polizei auf einer Demonstration gegen die Remilitarisierung am 11. Mai 1952 in Essen erschossen wurde. Die Commerzbank hat die SS-Bank Dresdner Bank geschluckt und ihr Vorstandssprecher bzw.

Aufsichtsratsvorsitzender hält nicht nur Vorträge vor den Offizieren der Bundeswehr, sondern erteilt den obersten Generalen auch direkte Befehle:
*„*Nun müssen die nötigen Ausführungsbestimmungen zum Weißbuch umgesetzt werden“*, forderte der Vorstandssprecher der Commerzbank weiter. Dafür müsse insgesamt das Verständnis für die Belange der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei den Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik weiter wachsen. Dies gelte auch für die Bundeswehr. So könnte allein die Truppe seit mehreren Jahrzehnten auf ein beachtliches Potential an Reserveoffizieren zurückgreifen, die wichtige Positionen in Staat und Wirtschaft innehaben. Jedoch müsse man diesen Kontakt auch weiter pflegen, redete Müller den im Saal zahlreich vertretenen Bundeswehr-Generälen ins Gewissen.* „Wir werden dem verstärkt nachkommen müssen“*, versprach Generalleutnant Budde.“* Quelle: Streitkräftebasis
(General Budde forderte im Jahr 2004: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann“).
Die aggressiveren Teile des Finanzkapitals greifen direkt nach einzelnen Divisionen. Die 1. Panzerdivision steht nicht nur im Krieg gegen das geschundene Volk in Afghanistan, sie führt auch Krieg gegen die eigene Arbeiterklasse und das Volk, z.B. beim G8-Gipfel in Heiligendamm mit Fennek-Spähpanzern. Den Celler Trialog organisieren inzwischen nicht nur Commerzbank und 1. Panzerdivision, sondern weitere Monopolisten und die gesamte Bundeswehr.
Die Monopole besorgen sich einen Teil ihrer Führungsoffiziere direkt von den Bundeswehr“hochschulen“, also den Kaderschmieden der Bundeswehr. Alljährlich werden „Alumni“-Kongresse veranstaltet. Dort sind Hunderte von Absolventen der Kaderschmieden der Bundeswehr sowie Firmen und Banken vertreten, um ihren Führungsnachwuchs zu rekrutieren und das Militär direkt in den Führungspositionen zu installieren. Der Geschäftsführer von Carl Zeiss Oberkochen, Ralf Klädtke, sprach über seine Erfahrungen, *„die ihn vom Offizier zum Wirtschaftsführer (!) haben werden lassen und wie er das als Offizier Gelernte heute zum Wohle und Erfolg seines Unternehmens anwendet.“*
Vizeadmiral Wolfram Kühn (stellvertretender Generalinspekteur der Bundeswehr) schreibt in seinem Grußwort: *„Auf gutem Weg ist auch der Wandel der Bundeswehr von einer Armee im Kalten Krieg hin zu einer Armee im Einsatz. Durch Konzentration auf unsere Kernaufgaben sind unter anderem die Verbindungen zwischen Wirtschaft und Bundeswehr spürbar enger geworden: Sei es bei der Beschaffung, bei der Unterstützung von Einsätzen oder auch weitreichenden Kooperationen bei Bekleidung, Fuhrpark, Ausbildung oder der Instandsetzung. Die intensive Zusammenarbeit ist inhärenter Bestandteil des Transformationsprozesses der Bundeswehr. In einigen Aufgabenbereichen, wie zum Beispiel der Logistik und der Führungsunterstützung, werden wir die schon gewachsene Zusammenarbeit mit der Wirtschaft noch deutlich intensivieren.“* (Alumni Kongreß 2007 in München).
Die Monopolbourgeoisie besetzt nicht nur ihre Vorstände, Personalbüros und Direktionsposten mehr und mehr mit Offizieren. Nach dem Jahr 2000 schlossen alle 80 Industrie- und Handelskammern (IHK) sowie alle 53 Handwerkskammern des Gebiets der BRD und der annektierten DDR Kooperationsverträge mit der Bundeswehr. Die meisten haben inzwischen „Beratungszentren Bundeswehr-Wirtschaft (BzBwWi)“ aufgebaut. Betreiber sind die IHK, Handwerkskammern und Wehrbereichskommandos der Bundeswehr. Die Wirtschaft durchforstet ihre Betriebe nach Lehrlingen im letzten Lehrjahr und liefert sie den Häschern der Bundeswehr zu. Die Massenerwerbslosigkeit führt meist zur Nicht-Übernahme der Lehrlinge in den Betrieben und die Bundeswehr ködert sie als Zeit- bzw. Berufssoldaten beim Militär. Dort können sie als Facharbeiter im Sold des Militärs militärisches Gerät instand setzen und warten, Krieg gegen andere Völker führen und erhalten alle eine militärische Abrichtung. Nach ihrer Bundeswehrzeit landen sie erneut beim

„Beratungszentren Bundeswehr-Wirtschaft (BzBwWi)“ und werden den Betrieben als Arbeitskräfte empfohlen, mit geistigem und militärischem Drill.
Die „Beratungszentren Bundeswehr-Wirtschaft (BzBwWi)“ schlossen im Jahr 2007 einen Kooperationsvertrag mit dem „Deutscher BundeswehrVerband“. Das Motto des Bundeswehrverbands nach dem Massaker der Bundeswehr in Kundus: „Wir müssen auch töten, um uns zu schützen“. Der Bundeswehrverband hat 200.000 aktive Soldaten und Reservisten organisiert. Dieser Militärverband organisiert nun präzise, welche Soldaten in welchen Betrieben stationiert werden sollen, hält engste Verbindungen zu ihnen und die Bourgeoisie überlasst nicht mehr dem Zufall, wo die ehemaligen Zeitsoldaten landen und vielleicht nur Zivilisten werden, wie es in früheren Jahren der Fall war. Die Verzahnung der Wirtschaft mit dem Militär, die Durchsetzung der Betriebe mit ehemaligen Soldaten wird organisiert und systematisch voran getrieben von der Bundeswehr, den IHK und Handwerkskammern.
Vor dem II. Weltkrieg, in der Zeit der Weimarer Republik, saßen in den Führungsetagen der Konzerne und Großbanken Abkömmlinge des Kapitals und kaum Vertreter aus dem Kleinbürgertum. Ebenso in den Mittelbetrieben. In der Direktion der Monopole waren auch ehemalige Offiziere vertreten.
Im Gegensatz zur heutigen Zeit hatten die Industriekonzerne kaum Produktion und Betriebe ausgegliedert. Die Ursache liegt in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Form der Zentralisierung/dem Parasitismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts.
Heute schrauben Konzerne der Autoindustrie nur noch die gelieferten Teile der Zulieferer zusammen, sie stellen fast nichts mehr selbst her. Die Zulieferer sind im Eigentum von Klein- und Mittelkapitalisten, gehören den Konzernen jedoch mehr oder weniger durch die verschiedensten finanzielle Beteiligungen, durch Kreditvergaben, durch die Abhängigkeit von ein oder zwei Großkonzernen, durch personelle Verflechtungen usw. Die Ausgliederungen erfolgten in den letzten Jahren, weil die parasitären Geschäfte höheren Profit abwarfen als die produktiven. Die Umsatzrendite in der Industrie betrug vor der Weltwirtschaftskrise 10 bis 15%. Mit der finanziellen Ausplünderung machten die Großbanken 25% Rendite. Also gliederten die Industriemonopole immer mehr Produktionsteile aus und warfen ihre Milliarden auf die Geldmärkte, profitierten von der finanziellen Ausplünderung anderer Staaten und Völker über den Rentierstaat BRD, steigerten ihre Maximalprofite durch die sogenannte Staatsverschuldung wesentlich mehr als mit materieller Produktion – für die wiederum im Imperialismus die Märkte fehlen. Selbstverständlich sind die Zulieferer ein existenziell wichtig für die Monopolkonzerne und es kann den Monopolen nicht genügen, nur ihre eigenen Etagen mit Leutnants der Bundeswehr zu besetzen. Auch die Zulieferer sind Teil des Kasernenhofs unter der Herrschaft der Großkonzerne und müssen mit dem Militär verzahnt werden. Handwerksbetriebe sind heute nicht mehr die Handwerker des Frühkapitalismus, sonder Betriebe mit 500 bis 1.000 Beschäftigten, die selbst wiederum den Monopolen angegliedert sind. Reparaturwerkstätten für LKW oder Busse von Daimler mit 500 Arbeitern sind in der Handwerkskammer organisiert. Also müssen nicht nur die IHK, sondern auch die Handwerkskammern mit dem Militär verzahnt werden. Aus diesem Grund geht die Verzahnung der Monopole mit dem Militär im Gegensatz zu den 20er Jahren der Weimarer Republik bis zu den Handwerkskammern. Der Unterschied liegt also begründet in den Veränderungen der Klassenverhältnisse, die grundsätzlich und konkret zu untersuchen sind.
Über die weiteren Verzahnungen haben wir schon öfter berichtet wie dem „Schaumburger Modell“, bei dem Ausbildungsbetriebe von der Bundeswehr 250 Euro monatliches Kopfgeld für junge Lehrlinge bekommen, die sich nach der Lehre für das Militär verpflichten und während er Lehre von Bundeswehr-Soldaten „betreut“ werden. Oder von Schießübungen von Managern der Wirtschaft bei Bundeswehreinheiten wie den Feldjägern, oder von Tagungen des Wirtschaftsverband Schleswig-Holstein mit der Marine auf Kriegsschiffen etc.

Die fortschreitende Verzahnung von Wirtschaft und Militär unter der Herrschaft der Monopole ist einerseits ein Gradmesser der Vorbereitung des deutschen Imperialismus für den Weltkrieg nach außen und den Krieg gegen die Arbeiter im eigenen Land. Andererseits zeigt es zugleich die Schwäche des Finanzkapitals am Vorabend der Revolution, wenn es sich derart verbarrikadieren muß und ihre eigene Geschichte hat bewiesen, daß der Imperialismus immer dann seinem Ende am nächsten war, wenn der Militarismus am größten war – das beweisen die Revolutionsjahre 1917/18 sowie 1945 und folgende.

Kooperationsvertrag Bundeswehr – Kultusministerium Baden-Württemberg

Am 4. Dezember 2009 hat mit Baden-Württemberg das dritte Bundesland einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr geschlossen. Das Streitkräfteunterstützungskommando schreibt:
„Die elf in Baden-Württemberg tätigen Jugendoffiziere der Bundeswehr betreuen wie bisher die Schulen in Baden-Württemberg und werden in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Referendarinnen und Referendaren eingebunden. Die Bundeswehr bietet Lehrkräften und Mitgliedern der Schulverwaltung Besuche ihrer Einrichtungen und Seminare zur Sicherheitspolitik an. Angebote zur politischen Bildung werden regelmäßig in den Medien des Schulministeriums und des Wehrbereichskommando IV veröffentlicht. ...
„Hier in Baden-Württemberg ist die Zusammenarbeit seit Jahrzehnten besonders eng und vertrauensvoll. Soldaten sind an den Standorten in Baden-Württemberg voll integriert und fester Bestandteil des öffentlichen Lebens. Vor diesem Hintergrund war es für uns dann nur konsequent, diese Kooperationsvereinbarung zu schließen, um diese gute Zusammenarbeit auch formal zu unterstreichen und dies für die Öffentlichkeit deutlich zu machen", erläuterte der Befehlshaber im Wehrbereich IV, Generalmajor Wessels, der für die Bundeswehr die Kooperationsvereinbarung in Stuttgart unterschrieb. Zu dieser guten Situation in Baden-Württemberg tragen auch die Jugendoffiziere bei, die den Wandel der Bundeswehr von einer Armee der Landesverteidigung, hin zu einer Armee im Einsatz den Menschen in ihren Veranstaltungen vermitteln und begreifbar machen.
Allein im Jahr 2009 haben die elf im Südwesten eingesetzten Jugendoffiziere in über 800 Veranstaltungen mit 17000 Teilnehmern Themen wie Auslandseinsätze, internationale Organisationen, geopolitische Tendenzen und allgemeine Fragen rund um die Bundeswehr behandelt."
Allerdings gibt es Widerstand, insbesondere bei den Schülern:
„Mit ihrer Begeisterung für die Jugendoffiziere sind die Kultusministerien aber nicht alleine, auch die Bundesregierung und verschiedene Landesregierungen haben in Antworten auf Anfragen im Bundestag und den Ladtagen betont, daß sie keinerlei Probleme damit haben, Jugendliche derart zu beeinflussen. Auch – vor allem junge – Lehrer und Referendare nutzen das Angebot der Bundeswehr ausgiebig. Allerdings regt sich vor allem seitens der Schüler massiver Widerstand: es gibt zahlreiche Berichte von Schulklassen, die den Jugendoffiziere und Wehrdienstberater nicht nur unangenehme Fragen gestellt haben, sondern teilweise auch auf sehr eindringliche Weise ihren Protest kundtaten."

Jonna Stürkes-IMI, 10.12.09

Militarisierung der Schulen: Bayern

Am 29.9.2009 gab das Bayerische Ministerium für Unterricht und Kultus ein Schreiben an die Schulleiter der Schulen in Bayern heraus mit dem Betreff „Politische Bildung an Schulen“. Darin wird der Einsatz von Jugendoffizieren dringend empfohlen. Zudem wird auf folgenden Link hingewiesen, der Themen vorschlägt und ein Musterseminar bereitstellt:
http://www.bayern.jugendoffizier.eu/index.php?pge=unterricht&PHPSESSID=e4851f7d17a4ca0c1401ef0fea928f51.
Auf der Seite www.frieden-undsicherheit. de finden sich sämtliche Materialien und Infos für den Schulunterricht und auch für Schüler. Nur ein kleines Beispiel, mit welchen Inhalten wir hier zu tun haben: Behandelt werden die Themen „Krisen und Konflikte“, „Strategien für den Frieden“, „Bündnisse für mehr Sicherheit“, „Bundeswehr heute“. All diese Themen werden didaktisch und inhaltlich aufbereitet, als Experte, den man zu Hilfe nehmen kann, wird ausdrücklich der Jugendoffizier benannt. Auf einem darin abgedruckter Arbeitsbogen zu der Frage „Wie kann man Frieden erreichen“ können die Schüler ankreuzen, was wichtig, weniger wichtig usw. ist. Nur was kann man da ankreuzen? Beispiel: „Im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus müssen Bürger auch Einschränkungen akzeptieren, ohne dass der Rechtsstaat dabei beschädigt wird.“ Oder: „Deutsche Sicherheitsinteressen müssen notfalls „auch am Hindukusch (Afghanistan) verteidigt“ werden. Als Beispiel welche Sollfragen man stellen kann, um die BRD im internationalen Kontext zu verstehen wird angegeben: „Soll Deutschland einen ständigen Sitz im UN Sicherheitsrat erhalten“. Und so weiter und so fort. Auf der Seite des bayerischen Kultusministeriums wird auch noch die Bundeswehr genannt, um Unterrichtsausfall zu verhindern. Ein Lehrer sei dabei ja nicht unbedingt nötig:
http://www.km.bayern.de/km/unterrichtsversorgung/schulen
/tipps_u-orga/extern_vormittags/
Quelle: Jugendaktionsausschuß Notstand der Republik

Bürgerkriegsmanöver

„BERLIN/MÜNCHEN/SCHWARZENBACH AM WALD
(Eigener Bericht) - Berichte von einem Manöver in Bayern lassen konkrete Planungen der Bundeswehr für Kampfeinsätze im Inland erkennen. Gegenstand der Reporte ist eine Militärübung in der Nähe des bayerischen Ortes Schwarzenbach am Wald, der ein bürgerkriegsähnliches Szenario zugrunde lag. Dabei wurden der Umgang mit demonstrierenden Friedensaktivisten sowie die Verteidigung einer inländischen Radarstation gegen schwer bewaffnete "Terroristen" trainiert. An der Übung beteiligt waren neben Soldaten und Reservisten des "Landeskommandos Bayern" auch zivile Rettungs- und Sanitätsdienste. Das Manöver, das bereits im Oktober stattfand, widerlegt die von Berlin vorgebrachte Behauptung, die "zivil-militärische Zusammenarbeit" im Inland diene nur der Hilfeleistung bei besonders schweren Unglücksfällen und Naturkatastrophen.
Friedensaktivisten und Terroristen
Wie die Bundeswehr berichtet, hat sie an der "Luftverteidigungsstellung Döbraberg" in der Nähe des bayerischen Ortes Schwarzenbach am Wald Anfang Oktober eine mehrtägige "Objektschutzübung" abgehalten.[1] Trainiert wurde sowohl der Umgang mit demonstrierenden Friedensaktivisten als auch die Verteidigung der örtlichen Radarstation gegen schwer bewaffnete "Terroristen". An der Übung beteiligt waren neben Soldaten und Reservisten des "Landeskommandos Bayern" auch das Technische Hilfswerk (THW), das Bayerische Rote Kreuz (BRK), die Bergwacht und die Freiwillige Feuerwehr. Das Manöver habe sich "vor den Augen" des Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Peter Friedrich (CSU) und

in Anwesenheit von Vertretern der benachbarten Kommunen sowie der Polizei abgespielt, erklärt die deutsche Luftwaffe.“
German foreign policy, 12.11.09

Döbra *- Das Szenario der Übung "Hoher Franke II" ging von der Situation der Bundeswehr aus: Durch die Ausweitung des Afghanistan-Einsatzes und die Intensivierung der Bündnisverpflichtungen habe sich die Gefährdung vor allem für die Verbände der Luftverteidigung und der Luftraumüberwachung erhöht. Angenommen wurde, dass Geheimdienste bei einer Fahrzeugkontrolle Papiere, Karten und Koordinaten der Stellung am Döbraberg finden - ein Angriff von Terroristen ist zu befürchten.*
Dieses frei erfundene Angriffsszenario traf am Freitagabend beim abgesetzten technischen Zug 132 am Döbraberg ein; die Objektschutzübung "Hoher Franke II" begann. Die Soldaten hatten es mit harmlosen, Flugblätter verteilenden Friedensaktivisten zu tun, aber auch mit Feuergefechten im Wald: In der Nacht zum Samstag wurde bei Pillmersreuth ein Munitionstransport beschossen, die Besatzungen wurden versprengt, einige Männer verletzt. Am frühen Samstagmorgen wurde die Stellung selbst angegriffen - ein Fahrzeug durchbrach den Checkpoint und explodierte, wobei viele Soldaten verletzt wurden. Jetzt wurden die zivilen Hilfsorganisationen, das THW Naila, das BRK Naila, die Bergwacht Schwarzenbach am Wald und die freiwilligen Feuerwehren Schwarzenbach am Wald und Döbra alarmiert, weil die Soldaten auf Hilfe angewiesen waren.
Frankenpost, 13.10.09

Faschisten im Freikorps-Heimatschutz

Wolfram M. ist Chef der Reservistenkameradschaft Großropperhausen im hessischen Schwalm-Eder-Kreis. Wolfram S. war von 1983 bis 1991 Vize-Vorsitzender der faschistischen „Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene“, HNG. Schon 1980 hatte er mit einem Rollkommando von 20 Faschisten der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands“ in der Frankfurt Innenstadt Passanten angefallen. Einer dieser Faschisten erschoss später an der schweizerischen Grenze einen Polizisten und einen Zöllner. Im Jahr 2009 setzte Wolfram S. den Holocaust mit den Bombenangriffen der Alliierten im 2. Weltkrieg gleich und pöbelte gegen Obama, indem er die Ausrottung der amerikanischen Indianer mit dem Holocaust verglich. Der hessische Reservistenverband prüfte nach einem Bericht des Hessischen Rundfunks den Ausschluß von Wolfram S. und kam zu dem Ergebnis, es gebe keine Hinweise auf eine fragwürdige Gesinnung ihres Mitglieds Wolfram S. Der Chef des hessischen Reservisten Reservistenverband ist der Frankfurt Ordnungsdezernent, Oberst a.D. Volker Stein.
Im August 2007 ehrte der hessische Reservistenverband den Postbeamten Rainer V. für seine 20jährige Mitgliedschaft. Rainer V. war Mitglied der NDP und den Reps. FDP-Mitglied Volker Stein sieht auch hier keinen Ausschlußgrund.
Im September 2009 hatte Martin B., ein stadtbekannter Faschist in Frielendorf, an einer Übung des Reservistenverbands teilgenommen. Volker Stein verteidigte die Teilnehme des Faschisten an der Übung und meinte, dagegen könne er nichts unternehmen. Doch selbst das Berliner Kriegsministerium erklärte, der Reservistenverband könne Rechtsextreme von der Übung ausschließen. Volker Stein ist auch stellvertretender Vorsitzender des Landeskommando Hessen der Bundeswehr.
Frankfurter Rundschau, 16.12.09

Elektronischer Entgeltnachweis ELENA – das moderne Arbeitsbuch

Die Hartz-Kommission hatte in ihrem Abschlussbericht eine Jobcard gefordert. Die Arbeitsämter sollten alle Daten der Beschäftigten erhalten und zentral speichern. Zugriff auf diese Daten sollten neben den Arbeitsämtern alle „Großkunden“ (also das Großkapital) sowie die Leiharbeitsagenturen erhalten.
Die elektronische Jobcard gibt es inzwischen, auf die sämtliche Behörden und Ämter Zugriff haben. Gespeichert werden auch Abmahnungen und Streikzeiten. Aufgeschlüsselt nach legalen und nicht legalen Streiks. Vor 150 Jahren kontrollierten die Kapitalisten die Arbeiter mit Arbeitsbüchern, in die auch Streiks eingetragen wurden und aufgrund dieser Eintragungen die Arbeiter nach einer Entlassung wegen Streik kaum noch Arbeit fanden. Diese Daten stehen heute in der ELENA-Datei den Kapitalisten offiziell zwar nicht zur Verfügung, aber nicht legal ... Außerdem wusste der Arbeiter vor über 100 Jahren, was in seinem Arbeitsbuch vermerkt war, heute kennt er seine ELENA-Akte nicht einmal mehr. Damals kämpften die Gewerkschaften für die Abschaffung des Arbeitsbuchs, was ihnen in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts auch gelang. Die deutschen Faschisten führten das Arbeitsbuch 1935 wieder ein und die Arbeiter hierzulande hatten die erneute Abschaffung des Arbeitsbuchs dem Sieg der Roten Armee und der Völker über den Hitlerfaschismus zu verdanken. Heute müssen die Arbeiter in ihren Gewerkschaften für die Aufnahme des Kampfs sorgen gegen eine Bourgeoisklassse, die zum dritten Mal die Arbeiter mit dem Arbeitsbuch zu knebeln versucht.
Frankfurter Rundschau, 30.11.2009